

Morworts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Offener Widerstand in München.

Eckardt unter völkischem Schutz! — Schweyer erklärt sich machtlos!

München, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Nationalsozialisten bereiten sich zu offenem Widerstand vor. Dietrich Eckardt, der die Ausführung des Haftbefehls durch bayerische Polizei erwartet, wird von einem großen Aufgebot völkischer Sturmtruppen angehöriger bewacht, die zu allem bereit sind. Augenscheinlich wollen die Völkischen es jetzt zu einer Explosion kommen lassen, um dann die ganze Entwicklung in ihrem Sinne weiterzuführen. Der zweite mit dem Haftbefehl bedrohte völkische Redakteur vom „Alldeutschen Anzeiger“, Wegner, hat es vorgezogen, sich einstweilen unsichtbar zu machen, so daß er bis heute nicht aufgefunden werden konnte.

Ob die bayerische Regierung wirklich noch die Macht hat, zwei widerpenfliche Personen in Haft zu nehmen und sie dem zuständigen Richter vorzuführen, das wird sich in den nächsten Stunden oder Tagen entscheiden müssen.

Erklärung Schweyers im Landtag.

München, 25. April. (Cca.) Im bayerischen Landtag wurde heute die Aussprache über den sozialdemokratischen Antrag auf ein vollständiges Verbot aller Sturm- und Stoßtruppen fortgesetzt. Minister des Innern Dr. Schweyer nahm in längerer Rede Veranlassung, den grundsätzlichen Standpunkt der bayerischen Regierung auch gegenüber der „vaterländischen“ Bewegung darzulegen. Er erklärte, daß die vaterländische Bewegung in ihrem Kern gesund und eine natürliche Erscheinung sei, und daß der entschlossene Wille des Volkes, eine Verrückung der unerträglichen Zustände vorzubereiten, durchaus begreiflich und begrüßenswert sei. Das Bestreben der vaterländischen Verbände müsse aber rein und ohne politische Beimischung bleiben. Andere Absichten dürften nicht damit verbunden werden. Manche Führer dieser Verbände hätten dieses Ziel aus dem Auge verloren. Es sei durchaus zu verurteilen, wenn heute nationale Verbände eine nationale Regierung bekämpfen, anstatt sie zu unterstützen.

Die Bewegung dürfe auch nicht zu einem Staat im Staate werden und jede Politik auf eigene Faust müsse ausgeschlossen sein, denn es sei ein gegenseitiges Vertrauen zwischen Regierung und nationalen Verbänden erforderlich. Wer in der heutigen Zeit der Front an Rhein und Ruhr in den Rücken falle, begebe Verrat am Vaterlande. Die vaterländische Presse stände zum Teil auf einem wertvollen Terrain. Ein Teil dieser Presse sei nicht Nahrung, sondern Gift für das Volk und dieses Gift beginne bereits sich bedenklich auszuwirken. Der Minister bekannte sich dann nochmals ausdrücklich als ein Gegner der Schutzgesetzgebung und meinte, man solle in den maßgebenden Kreisen doch endlich einsehen, daß der Staatsgerichtshof ein politisches Gericht sei, durch dessen Errichtung das Rechtsgefühl des Volkes, das Vertrauen zur Regierung und das Vertrauen der Parteien untereinander untergraben werde. Man müsse das außerordentliche Gerichtsverfahren durch ein ordentliches ersetzen.

Minister Dr. Schweyer verurteilte weiter jeden Terror und die Gewaltakte, die von nationalsozialistischer Seite in der letzten Zeit verübt worden seien. Er erklärte aber weiter, daß bei der gegenwärtigen Rechtslage die bayerische Regierung keine Handhabe zur Auflösung der sogenannten Sturmabteilungen habe. Die Bekämpfung einer politischen Bewegung sei aber nicht Aufgabe der Regierung und sie lehne es ab, die nationalsozialistische Partei als solche zu verbieten. Etwasigen Versuchen, die auf die Gefährdung der öffentlichen Ordnung hinauslaufen, werde die Regierung mit allen Machtmitteln entgegenzutreten. Der Minister schloß mit einem Appell, die innerpolitischen Kämpfe zurückzustellen und alle Kräfte auf die Abwehr des äußeren Feindes zu richten.

Die Debatte endete mit der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages und der Annahme des Antrages der Bayerischen Volkspartei, die lediglich die Sicherheits- und Turnabteilungen verboten wissen will, deren Ziel die gewaltsame Störung der Ordnung ist.

Tatsache an, daß Lord Curzons Rede vom Freitag den Zweck verfolgte, den Weg vorzubereiten, und daß sie diesen Zweck auch nicht verfehlt habe.

Deutsche Protestnote.

Den Regierungen in Paris, London und Brüssel ist eine deutsche Note überreicht worden, in der gegen die Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission vom 22. März, die die deutsche Justizhoheit durchbricht, Verwahrung eingelegt wird.

Die Wahlen in Bulgarien.

Sofia, 25. April. (W.B.) Das amtliche Pressebureau veröffentlicht nachstehende Mitteilung: Die endgültigen Wahlergebnisse sollen folgende Verteilung der Mandate zu: Regierungspartei 215 von insgesamt 246, Kommunisten 10, Block der Opposition 14, und Sozialisten ein Mandat, das auch noch zweifelhaft ist. Alle Minister wurden in mehreren Wahlkreisen gewählt, Ministerpräsident Stambuliski in 13 Bezirken.

Bemerkenswert ist beim Ausgang dieser Wahlen der starke Rückgang der kommunistischen und sozialdemokratischen Stimmen und das Anwachsen der Bauernpartei, die die Hauptstütze der Regierung bildet. In der vorigen Kammer, die im April 1920 gewählt wurde, waren vertreten: 110 Agrarier, 42 Kommunisten, 21 Demokraten, 21 Nationalisten und Progressisten, 8 radikale Demokraten, 8 Sozialdemokraten und 6 Nationalliberale. Jetzt ist die gesamte bürgerliche Opposition auf 14 zusammengeschmolzen, während die Kommunisten nur 10 und die Sozialdemokraten 1 Mandat behalten haben. Sicherlich geht dieses Zusammenschmelzen der Opposition zu einem Teil auf die terroristischen Praktiken der Regierung zurück. Aber in bedeutendem Maße wird hier auch die Enttäuschung mitgewirkt haben, die die Kommunisten durch ihre tönenden Versprechungen, denen keine entsprechenden Taten folgten, in den Volksmassen heraufbeschworen haben. Noch vor kurzer Zeit hieß es, daß die kommunistische Weltrevolution ihre beste Stütze auf dem Balkan habe und sich von dort aus nach dem Westen bewegen werde. Jetzt haben die bulgarischen Kleinbauern, die anfangs den Vorzufen der Kommunisten folgten, sich größtenteils der regierenden Bauernpartei angeschlossen und damit erneut die Richtigkeit der sozialdemokratischen Anschauung bestätigt, daß die soziale Revolution ihre wichtigsten Stützpunkte nicht in den rückständigen Bauernländern des Ostens, sondern in den hochentwickelten Industrieländern des Westens hat.

Dollar 30000.

Die Ankündigung einer Verordnung über die Bestandaufnahme des Devisenbesitzes übt einen gewissen Druck auf die Unternehmungslust der Börsenspekulation aus. Im heutigen Devisenverkehr war das Geschäft ziemlich ruhig bei wenig veränderten Kursen. Der Dollar, der anfangs bis 31 250 gehandelt wurde, gab im Verlauf der zweiten Börsentunde bis auf 30 000 nach. Eine sehr starke Bewegung setzte in Ostdevisen ein. Polennoten wurden mit 68 bis 69, Auszahlung Warschau mit 69 bis 71 gehandelt. Das Effektengeschäft blieb trotz der anhaltenden Geldflüssigkeit ziemlich still.

Beginnende Einkehr.

Von Ernst Reuter.

Was man an zahllosen Einzelheiten schon im vorigen Jahre hatte beobachten können, zeigte sich auf dem Leipziger Parteitag der Kommunisten als nicht mehr wegzuleugnende Tatsache: Im deutschen Kommunismus schwindet die Einheitlichkeit der politischen Auffassung. Auch diese Arbeiterpartei, die nach dem Vorbild der russischen Bolschewiki geglaubt hatte, durch ihre 21 Bedingungen einen unzerstörbaren Schutzwall gegen jeden Opportunismus aufzurichten zu können, kann sich, vor realer Tatsache gestellt, nicht mehr den Befehlen entziehen, unter denen allein ein politisches Wirken der Arbeiterchaft möglich ist: der Anerkennung politischer und wirtschaftlicher Kräfte, die stärker sind als der kühnste Wille und die gläubigste Hingabe an schöne Ideale.

Der Riß, der sich seit dem Parteitag in der deutschen kommunistischen Partei aufgeht, ist scharf, nach unserer Meinung unüberbrückbar, wenngleich wir vor jeder Zersplitterung der Partei warnen möchten. Organisatorisch hat die KPD eine gewisse Konsolidierungsperiode durchgemacht, und Wirtschaftskrisen, die im Verfolg der Lösung der Reparationsfragen kaum zu umgehen sein werden, bringen ihr Zulauf aus den politisch weniger geschulten und darum ungeduldigeren Elementen. Der goldene Reif der russischen Millionen-subsidien ist zudem ein nicht zu unterschätzendes Band, das selbst noch so widerstrebende Elemente zusammenhält. Auch die allgemeine Stimmung der Arbeitermassen gegen jede weitere Spaltung drückt auf die Hauptkampfbühne. Zu lösen ist der Konflikt im Rahmen der KPD nicht. Er wird eine Zeitlang zu Kompromissen führen, wie man ihn jetzt zwischen der Zentrale und der Opposition geschlossen hat. Aber die gegenüberstehenden Denkweisen sind auf die Dauer miteinander unvereinbar. Es kann nur den Sieg der einen oder anderen Richtung, oder das Auseinandergehen geben. Die Mehrheit der Partei steht in diesem Kampf noch auf Seiten der Zentrale, der aggressive Geist und auch nicht zu überwindende organisatorische Trümmer sind bei der Opposition, die die wichtigsten Parteibezirke beherrscht und in allen anderen zusehends Fuß faßt.

Seit dem Parteitag hat sich der Kampf der beiden Gruppen verschärft, in dem gleichen Maße, in dem die Zentrale der KPD in den wichtigsten Fragen eine immer deutlicher werdende Schwentung und Annäherung an die Taktik der Sozialdemokratie hat vornehmen müssen. Die demagogische Sprache der kommunistischen Presse kann darüber den tiefer blickenden Beobachter nicht hinwegtäuschen; sie soll zum Teil in den Augen der eigenen Anhänger den Anschein einer kontinuierlich kommunistischen Politik aufrechterhalten. In Sachsen vollzog sich der erste Sündenfall. Die Unterstüfung Zeigners durch die Kommunisten ist eine stille Koalition, wie die stille Unterstüfung der Wirth-Regierung durch die USP, erklärte Ruth Fischer als die Hauptwortführerin der Opposition vor den Chemnitzer Funktionären. Diese Unterstüfung der sächsischen Widerstandsregierung schließt in sich die Anerkennung der Tatsache, daß sie für die Arbeiterchaft wertvoll ist, zweifellos wertvoller als eine bürgerliche Regierung. Damit gibt man zu, daß im „Namen der bürgerlichen Demokratie“ für die Interessen der Arbeiterchaft gearbeitet werden kann und natürlich auch gearbeitet werden muß, daß also die Arbeiterchaft an der Erhaltung und dem weiteren Ausbau der Demokratie, ihrer Verteidigung gegen reaktionäre Angriffe im höchsten Maße interessiert ist. Man beginnt anzuerkennen, daß solche Positionen auch nicht leichtsinzig auf ein Spiel gesetzt werden dürfen, daß ihre Wirkungsmöglichkeit abhängt von der politischen und wirtschaftlichen Stärke im ganzen Reiche. Es tritt, ob man will oder nicht, an die Stelle der bloßen Demagogie die nüchterne Untersuchung gegebener Kräfteverhältnisse und Möglichkeiten und damit naturgemäß auch die Uebernahme der Verantwortung dafür, daß nicht alle Blütenträume der ersten Maienstage auf einmal reifen können.

Ruth Fischer wies mit einem gewissen Recht darauf hin, daß damit die ganze bisherige Staatsauffassung über den Haufen geworfen wird. Sie betont:

„Den Versuch, im Rahmen der bürgerlichen Demokratie Politik im Interesse der Arbeiterchaft zu treiben, lehnen wir ab. Die Theorie — erst Demokratie, dann Diktatur (die sich nach der Auflassung der kommunistischen Revisionisten aus dem Kampf um die Verteidigung der Demokratie entwickeln soll. D. Red.) wiederholt die kommunistische Staatstheorie. Wir ändern nichts, wenn wir die Spitze des Staates ändern. Wir müssen den bürgerlichen Staat zerbrechen, ehe wir aufbauen können.“

Solche Auffassungen müssen bei der Entwicklung der Dinge in Sachen zu einem unlösbaren Widerspruch mit den Interessen der Arbeiterchaft führen, die auch unter der Einwirkung der kommunistischen Propaganda an der Erhaltung der sozialistischen Regierung als einer Arbeiterregierung im höchsten Maße interessiert ist, wie umgekehrt dieses reale Interesse aller, auch der kommunistischen Arbeiter, an der bestehenden Regierung zur Erziehung der Kommunisten und zur Ueberwindung ihrer putschistischen Einstellung enorm beitragen muß. Daß das auf die Dauer nicht ohne einen Bruch mit der bisherigen Ideologie geht, ist ebenso klar, wie die Tatsache, daß solche Schwentungen auch die kommunistischen Arbeiter zur Ueberlegung führen müssen, ob wirklich der bisherige Kampf gegen die Sozialdemokratie richtig gewesen ist.

Cunos Reueluna des 1. Mai.

Berlin, 25. April. (W.B.) Die Reichsregierung hat hinsichtlich des Dienstes der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsbehörden und Reichsbetriebe am 1. Mai folgende Regelung getroffen: In den Ländern, in denen der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag landesrechtlich anerkannt ist, ist auch in den Reichsbehörden und -betrieben auf die Landesgesetzgebung Rücksicht zu nehmen. In den Ländern, in denen der 1. Mai nicht als gesetzlicher Feiertag gilt, haben diejenigen Angestellten und Arbeiter, welche zwecks Teilnahme an einer solchen Feier am 1. Mai dem Dienst oder der Arbeit fernbleiben wollen, rechtzeitig bei ihrem Dienstvorgesetzten um Berechnung vom Dienst nach zu holen.

Solchen Anträgen ist grundsätzlich überall soweit zu entsprechen, als dadurch die notwendige Fortführung des Dienstbetriebes nicht in Frage gestellt wird. Bei der Entscheidung über derartige Gesuche soll nicht engherzig verfahren werden. Die hiernach beantragte und bewilligte Freizeit ist bei Beamten und Angestellten auf den Erholungsurlaub anzurechnen. Das gleiche kann auf Wunsch bei Arbeitern geschehen. Wird von Arbeitern nicht ausdrücklich Anrechnung auf den Erholungsurlaub nachgesucht, so wird für die Dauer der Arbeitsverlängerung Lohn nicht gewährt. Von der Anrechnung auf den Erholungsurlaub oder der Lohnkürzung kann abgesehen werden, wenn die Nachholung der veräumten Arbeitsstunden anderweit sichergestellt ist. In Betrieben, in denen Dienstbefreiung zur Befriedigung religiöser Bedürfnisse an staatlich nicht anerkannten Feiertagen ohne Anrechnung auf den Erholungsurlaub und ohne Lohnkürzung gewährt wird, gilt das gleiche auch für Dienstbefreiungen am 1. Mai.

In Erwartung des deutschen Angebots.

London, 25. April. (C.C.) Reuter erzählt, daß man in offiziellen Londoner Kreisen hoffe, die deutsche Regierung werde nach der Rede Lord Curzons über die Ruhrfrage in kurzer Zeit an Belgien und Frankreich ein Angebot wegen Liquidierung ihrer Reparationsverpflichtungen machen. Dieses Angebot werde dann die Einleitung von Verhandlungen möglich machen, die vor der Befreiung des Ruhrgebietes unterbrochen worden waren. Gewisse Kreise zeigen sich überrascht, daß sich in Deutschland die Meinung geltend machte, in der Rede Lord Curzons eine Aufforderung an Deutschland zu sehen, England zu bitten, daß es Angebote an Belgien und Frankreich übermittle. Die Anschauung der englischen Regierung gehe aber dahin, daß Deutschland sich direkt an Frankreich wenden möge, insbesondere da Poincaré bekanntgegeben habe, Frankreich würde ein deutsches Angebot nur annehmen, das ihm direkt zugingewäre.

London, 25. April. (W.B.) Der politische Berichterstatter des „Evening Standard“ schreibt, von den bestunterrichteten Kreisen in London werde ein endgültiger Schritt seitens der deutschen Regierung erwartet, und es schienen gute Grundlagen für diese Erwartung zu bestehen. Es sei jedoch der deutschen Regierung vollkommen klar gemacht worden, daß Lord Curzons Rede in keiner Weise als Einladung an Reichskanzler Cuno und seine Kollegen angesehen werden könne, irgendeinen anderen Schritt als einen direkten gegenüber der französischen und der belgischen Regierung zu unternehmen. In einschläglichen politischen Kreisen in London sei man allgemein der Ansicht, daß die deutsche Regierung jetzt auf einem vernünftigen Standpunkt stehe, und erkenne die

Im Ruhrgebiet zeigen sich die Gegensätze nicht weniger scharf. Nach anfänglichen Schwankungen beim Beginn der Ruhraktion ist die Zentrale der RPD. auf eine eindeutig nationale Position eingeschwenkt, ja, sie sucht an nationaler Gesinnung die Sozialdemokratie weit zu übertrumpfen, der sie Verhandlungsbereitschaft vorwirft. Wenn es unter dem Druck der Arbeiterbewegung und der wirtschaftlichen Tatsachen zu einer Verständigung über das Reparationsproblem kommen sollte, wird das Geschrei über Verrat der nationalen Belange in der kommunistischen Presse nicht geringer sein, als in der deutschnationalen. Die Anerkennung der Notwendigkeit des Abwehrtampfes gegen den französischen Imperialismus erfordert den Verzicht auf Entschuldigungskämpfe gegen den deutschen Kapitalismus, solange das Ruhrgebiet besetzt ist. Die von der Opposition verlangte Befreiung der Betriebe im Rheinland unter dem Schutze der französischen Bajonnette lehnt deshalb die Zentrale ab, weil das „Kampf und blutige Riedertage“ bedeutet. Das mag für andere eine Selbstverständlichkeit bedeuten, bei den Kommunisten ist es der Anfang neuen Begreifens.

Die Zentrale will eben nicht, wie die Opposition, deren drittes Wort „Aktivität“ und „Aktion“ ist, das Machtproblem auflösen, sondern „der Sammlung der Kräfte Rechnung tragen“, d. h. eine Taktik befolgen, bei der die organisatorisch gesammelten Kräfte gespart und nicht in sinnlosen Kämpfen vergeudet werden. In der Praxis wird das eine Annäherung an die Sozialdemokratie bedeuten, wenn auch diese Ueberwindung des Putschismus noch keine ehrliche und dauernde ist, sondern durch die eigene Schwäche und die bitteren Erfahrungen mit der früheren Taktik hervorgerufen ist. Der Druck des anarchischen Flügels lastet schwer auf dem realpolitischen Teil der Partei, der nicht die Kraft hat, in den Organisationen mit den Schreibern aufzuräumen. Die Isolierung, in der die RPD. sich seit langem und namentlich seit der Rathenau-Ermordung, befunden hat, hat diesen Prozeß begünstigender Einfluß beschleunigt. Kluge und besonnene Auswertung dieser Gegensätze kann viel dazu beitragen, diese Entwicklung weiter zu beschleunigen.

Deutschvölkische Arbeit für Frankreich.

Wenn etwas dem Ansehen Deutschlands im Ausland seit dem Beginn der französischen Ruhrbesetzung genützt hat, dann ist es der passive Widerstand gewesen, mit dem Deutschland und vor allem seine Arbeiter, Beamten und Angestellten an der Ruhr dem französischen Militarismus unbewaffneten Widerstand geleistet haben. Alle Parteien sind sich darüber einig. Jeder weiß, daß der erste Schritt zu aktivem und bewaffnetem Widerstand eine Lösung der Reparations- und Ruhrfrage unmöglich machen und das Ruhrgebiet für immer in die Hände der Franzosen spielen würde. Nur die Deutschvölkischen denken darüber anders. Der aus der Deutschen Volkspartei mit dem Vorwurf nachgewiesener Unwahrscheinlichkeit hinausgeworfene Herr Geisler, diese neue Erregung des Wulle-Kleeblattes, hat vor den sogenannten „vaterländischen Verbänden“ nach der Meinung der „Deutschen Zeitung“ zum ersten Male die „Stimmung der vaterländisch fühlenden Kreise des deutschen Volkes“ wirklich zum Ausdruck kommen lassen. Sein Hauptkampfrichter gegen seinen alten Widerstandler Stresemann, dem er vorwirft, „dem Sozialdemokraten Severing die Macht in die Hände gegeben zu haben, die nationalen Kräfte zu knebeln“. Auch die Reichsregierung steht ganz und gar unter dem Druck der Sozialdemokratie und habe von Politik keine Ahnung. Denn „mit dem Rezept des „ehrbaren Kaufmanns“ Politik machen zu wollen, ist eine vollständige Ahnungslosigkeit. Politik kann man nicht mit den Grundsätzen des Kaufmannes machen, am wenigsten mit denen des ehrbaren Kaufmannes“.

Politik verstehen allein die deutschvölkischen Geheimorganisationen zu machen, die „entschlossen sind, nicht tatenlos zuzusehen, wie die Franzosen allmählich einen Eisenbahnzug oder einen Kahn nach dem anderen aus dem Ruhrgebiet herausbringen“, d. h. die gegen den Willen der Ruhr-

bevölkerung den aktiven Widerstand durch ihre Geheimorganisationen in die Tat umzusetzen suchen. Dieses offene Bekenntnis zum bewaffneten Widerstand an der Ruhr, der gleichbedeutend mit einer Vernichtung jeder deutschen Aufstiegsmöglichkeit sein würde, macht die heftigen Angriffe auf den preußischen Innenminister Severing erst recht verständlich. Das scharfe Zugreifen gegen die Geheimorganisationen ist gerade in diesem Zusammenhang die einzig mögliche Unterstützung der gesamtdeutschen Außenpolitik, wie sie die Reichsregierung in allen ihren Proklamationen und Aeußerungen vertreten hat.

Die Organisation von deutschvölkischen Rohbündeln, die Konflikte mit den Franzosen provozieren, das sollte uns noch gerade, um die Schwierigkeiten an der Ruhr, die durch den Dörschlag gewisser schwerindustrieller Kreise gegen die Markt schon sowieso außerordentlich gewachsen sind, ins Endlose zu erhöhen und die Fortführung des geschlossenen Abwehrtampfes auf die Dauer unmöglich zu machen. Daß diese Selbstschußbündel auch versuchen, sich an der Niederwerfung von kapitalistisch-anarchistischen Krawallen, wie in Mülheim, sich zu beteiligen, das sollte den Kommunisten zu denken geben, die durch ihre stillschweigende Duldung dieser Krawalle die Selbstschußbündel in den Augen des Bürgertums erst empfehlenswert machen. Alle diese rechts und links anarchischen Tendenzen, alle diese Versuche der zunächst gefährlicheren, weil mit Waffen versehenen und über viele Beziehungen verfügenden deutschvölkischen Bänden müssen von den großen Organisationen der Arbeiter, Beamten und Angestellten und von der Staatsgewalt mit aller Energie niedergehalten werden. Nur der von den Volksmassen getragene organisierte planmäßige und passive Widerstand gegen die auswärtige Gewalt wird Deutschland Erfolg auf die Dauer verbürgen.

Der Prozeß Kuttner.

Vor der Strafkammer des Landgerichts I in Moabit wird am heutigen Mittwoch die Berufung verhandelt, die Landtagsabg. Genosse Erich Kuttner gegen ein vom Schöffengericht Berlin-Mitte am 5. Oktober 1922 ergangenes Urteil in seinem Beleidigungsprozeß gegen Davidsohn eingeleitet hat. Der Beleidigungsklage Kuttners lag ein Brief Davidsohns an die Redaktion der „Völkischen Volkszeitung“ zugrunde, worin Kuttner auch der Vorwurf gemacht wurde, einen Parteigenossen ermordet zu haben. 1919 hatte Kuttner dem Regiment „Reichstag“ angehört. Als Führer einer Patrouille gegen Schützen, die vom Schiffbauerdamm aus den Reichstag beschossen, stieß Kuttner damals auf einen angekränkten Soldaten, der, nachdem er entwaffnet war, in seiner Trunkenheit der Patrouille nochmals Waffen entriß und, nach der Darstellung Kuttners, im Verlaufe dieses Streites eine Handgranate entzündete. Aus Notwehr, und um mindestens sechs Menschenleben zu retten, machte Kuttner den Angekränkten durch zwei Revolverschüsse unschädlich, die gegen seinen Willen zum Tode führten. Das Schöffengericht war zu einem freisprechenden Urteil gegen Davidsohn gekommen, da es der Auffassung jener Zeugen beitrug, die in der Erschießung des angekränkten Soldaten eine in der Erregung verübte Ueberschreitung der Notwehr erblickten. Davidsohn habe, da er kein Jurist sei, für diese Handlungsweise den Ausdruck „Mord“ gebraucht.

Für die Berufungsverhandlung sind von dem Kläger Kuttner eine Reihe weiterer Zeugen jener Vorgänge namhaft gemacht worden, die darüber auszusagen sollen, daß die Tat unbedingt ein Akt der Notwehr gewesen ist.

Die Verhandlung findet im Schwurgerichtssaal in Moabit unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Regen statt. Die beiden Parteien sind persönlich anwesend.

Zur Verhandlung steht heute lediglich noch ein Satz aus dem Briefe Davidsohns an die Redaktion der „Völkischen Volkszeitung“: „Ich habe dafür gesorgt, daß Kuttner aus dem Vorstand des Reichsbundes der Kriegesbeschädigten flog, weil er in den Berliner Revolutionstagen einen Parteigenossen ermordet hat.“

Der Angeklagte Davidsohn schildert zunächst, wie er nach der Erschießung des Soldaten Eichhorn durch Kuttner gegen diesen eine Beschwerde beim Vorstand des Reichsbundes, dem beide angehörten, eingereicht habe. Er habe die Angelegenheit nicht weiter verfolgen

können, weil er in jener Zeit in seinem schlesischen Wahlkreis in der Nationalversammlung in Weimar tätig gewesen wäre. Am 22. April 1920 sei gegen ihn in der Partei seines Wahlkreises ein Artikel erschienen, der scharfe Angriffe gegen ihn enthielt, und das hat ihn zu seinem Vorgehen gegen Kuttner veranlaßt. Davidsohn gibt heute aber zu, daß vor dem Schöffengericht

erwiesen worden sei, daß Kuttner nicht hinausgeschossen sei; das sei eine falsche Auffassung von ihm gewesen. Dadurch, daß er im Vorstande des Reichsbundes die Erschießung zur Sprache brachte, habe er verhindern wollen, daß Kuttner jemals wieder ein militärisches Kommando übernehme. Kuttner habe aber sofort seine Tat verschwiegen und sie als notwendig hingestellt. Er aber habe sie verworfen und daher die laienhafte Bezeichnung dafür angewandt.

Daraufhin gibt der Privatkläger Kuttner eine Schilderung von der Gründung des Regiments Reichstag aus Gewerkschaftern und Parteifunktionären in den Revolutionstagen des Januar 1919 und von den Vorformalissen. Bereits im Februar 1919 sei Davidsohn, der dieses Vorgehen Kuttners nicht gebilligt habe, an den Geschäftsführer des Reichsbundes herangeireten und habe ihm mitgeteilt, daß in Spandau die Spähen es von den Dächern pfeifen, daß Kuttner einen Mann erschossen habe. Dieses Schreiben sei aber so vorsichtig abgefaßt gewesen, daß er dagegen nicht habe vorgehen können. Die Patrouille, die Kuttner damals führte, habe in dem Hofe eines Hauses am Schiffbauerdamm einen Mann gefunden, der augenscheinlich stark angetrunken war und nach seinem ganzen Habitus ausseh, als ob er zu den „Dächerschießen“ gehöre. Die Patrouille habe ihn entwaffnet, er habe sich aber wieder in den Besitz von Waffen gesetzt und schließlich eine letzte Handgranate entzündet; in diesem Augenblick habe Kuttner geschossen, um eine Befehls für die Patrouille selbst abzuwehren. Er habe diese Tat immer als Notwehr bezeichnet und habe

sofort eine gerichtliche Untersuchung gegen sich beantragt.

Die 7 Zeugen, die damals vernommen wurden, hätten alle zu seinen Gunsten ausgesagt. Diesen Tatbestand unterbreitete Kuttner Rechtsanwalt auf Grund der Ermittlungsakten auch Davidsohn. Infolge der sorgfältigen Urkunden jener Monate sei die Angelegenheit aber eingeschlossen, bis im Jahre 1920 in Verbindung mit der Schwarzbaum-Affäre der Name Davidsohn wieder aufgegriffen sei und der „Bordaris“ ihn auch mehrfach angegriffen habe, da Davidsohn den Besuch machte, Kuttners Parteigenossen Ebert, Scheidemann und Kossel den Vorwurf zu machen, daß sie von Schwarz bestochen worden seien. Einen Beweis habe er dafür nicht erbringen können. In jener Zeit sei er, Kuttner, als Kandidat für die ersten Reichstagswahlen in Aussicht genommen gewesen, und da sei plötzlich die Erschießung des Soldaten Eichhorn in der kommunistischen und unabhängigen Presse wieder behandelt worden in einem Artikel: „Erich Kuttner, der Standrechtler“. Dieser Artikel sei, wie sich aus mehreren Prozessen gegen Zeitungen der U.S.P. ergeben habe, auf „Informationen“ Davidsohns zurückgegangen. Davidsohns Brief an die „Völkische Volkszeitung“, am selben Tage geschrieben wie der Artikel erschien, habe die Vermutung nahegelegt, in Davidsohn die Quelle des Artikels zu sehen. Daher habe Kuttner die Beleidigungsklage angestrengt. Im übrigen bezieht sich der Privatkläger auf einen eingereichten Schriftsatz, in dem die Vorgänge bei der Erschießung des Soldaten Eichhorn und die Gründe, die Kuttner dazu bewogen haben, ausführlich dargestellt sind.

Am Anschluß an die Erklärung Kuttners bemängelt der Verteidiger Davidsohns, Theodor Liebknecht, daß der Kläger Kuttner zum Tatbestand nichts vorgebracht habe; der Verteidiger muß sich jedoch vom Vorsitzenden befreien lassen, daß der Privatkläger sich geäußert habe und mehr nicht zu tun brauche.

Darauf wird die militärische Meldung verlesen, die Kuttner seinerzeit gleich nach dem Vorfall an das Regiment erstattet hat. Es wird darin ausgeführt, daß der stark betrunkenen Eichhorn nach seiner Entwaffnung wieder Waffen an sich gerissen hatte und schließlich im Begriffe stand, eine schon entzündete Handgranate zu schleudern, was das Leben von etwa 50 Menschen, die herumstanden, in Gefahr gebracht hätte. In dieser äußersten Notwehr habe Kuttner den Eichhorn durch zwei Schüsse unschädlich gemacht und gleich darauf seien Zustimmungsrufe aus den Reihen der Umstehenden gefallen.

Die Zeugenvernehmung

beginnt mit dem Kaufmann Lemertens, der seinerzeit beim Regiment Reichstag Führer der Wache auf dem Balkon war. Da dieser Balkon vom Schiffbauerdamm aus beschossen worden sei, hat der Zeuge die Entsendung einer Patrouille veranlaßt. Er traf dann später unten im Verbandsraum Kuttner, der von der Erschießung Eichhorns berichtete, und es kamen auch andere Leute, die dabei gewesen waren und die Sache ebenso schilderten wie Kuttner, so daß der Zeuge selbst damals äußerte, er würde es ebenso gemacht haben wie Kuttner.

bildern sich sehen lassen kann. Doch hörte man — auch in Berlin — schon edlere, schönere Stimmen. Strohbachs Bilder waren bis auf die primitive Stoffausstellung des ersten Bildes eindrucksvoll in ihrer dumpfen Einfachheit.

Die Vergnügungsstraße von Pompeji. Der Stadtteil, der durch die Ausgrabungen der jüngsten Zeit in Pompeji freigelegt wurde, ist kein anderes als das Viertel, das Horaz und die lustige Gesellschaft seines Gönners Mäcenus gründlich gekannt und mit Vorliebe zum Schauplatz ihrer Vergnügungen gemacht haben. Die jüngsten Ausgrabungen folgen in gerader Richtung der „Straße des Ueberflusses“ und bieten ganz neue und überraschende Einblicke in das Alltagsleben aus Pompejis Kaiserzeit. Man sieht Paläste mit Loggien, Erkern und Terrassen, die an manche Bilder Lionardos erinnern, mit reich ausgestatteten Sälen. Eines dieser Warenhäuser diente hauptsächlich dem Handel mit Garderobe. Statt der Schaulust von heute ist die Fassade ganz mit Freskobildern bedeckt, die sich auf die feilgebotenen Waren beziehen. Man sieht hier einen Merkur mit bauschigen oelben Beinleidern und eine pompejanische Venus in einem Schiff, das von Elefanten gezogen wird. Man sieht ferner die Bilder der jungen Leute des Geschäfts, die im Schweiße ihres Angesichts arbeiten. Ihre Gesichter leuchten rot wie die von Indianern. Man sieht endlich den ehrenwerten Inhaber in eigener Person, wie er einem Kunden einen schönen Teppich vorzeigt und daneben die hübsche blonde Frau des Chefs, die hinter dem Ladentisch steht, Pantoffeln und Handschuhe verkauft, und in deren vorwurfsvollen Augen man die Antwort zu lesen vermeint: „Ja, mein Herr, billiger kann ich Sie Euch nicht ablassen.“ Sie hat sich über die unbillige Zumutung des Kunden wahrscheinlich durch einen Schluck aus der Flasche getröstet, die neben ihr auf dem Ladentisch steht.

Die ganze Straße ist übrigens voll von Kneipen und Schankwirtschaften. An der Straße stehen Bänke, deren Marmor noch die Röcher zeigt, in die die Amphoren gestellt wurden. Nur in wenigen dieser Gaststätten sieht man eine Sitzgelegenheit. Bemerkenswert ist auch eine reichhaltige Flaschenbatterie, die eine große Zahl von Gefäßen und Flaschen aller Art enthält, die die Gestalt von Wölfen und Füchsen zeigen.

Kunstchronik. Der Direktor Auktio veranstaltet im Kronprinzen-Palast eine Ausstellung von Werken des Bildhauers Edwin Scharff, der infolge seiner Berufung jetzt nach Berlin überleitet. Die Ausstellung wird Donnerstag eröffnet. In den unteren Geschossen findet man gleichfalls einige neu hereingekommene Kunstwerke.

Der Nachfolger Einsteins im Völkerverbundrat. Die das „Journal des Debats“ aus Genf berichtet, hat der Rat des Völkerverbundes Herrn Lorenz, den belandischen Pöhlner, dazu auserwählt, die durch die Demission Einsteins entstandene Lücke in der Kommission für intellektuelle Zusammenarbeit auszufüllen.

Die Orgel von Lüneburg. Das große Werk des Umbaus der altberühmten Orgel der Lüneburger Thomaskirche ist nunmehr vollendet worden. Der vollständige Umbau ist nur durch die freiwilligen Spenden ermöglicht worden, die aus allen Stellen der Lüneburger Bevölkerung gesammelt sind. Die Orgel, an der der 15-jährige Bach gelernt hat, dürfte man mehr eines der schönsten Orgelwerke Deutschlands sein.

Schöne Hände.

Von Lena.

Sie ist eine Gräfin, eine wirkliche echte Gräfin. Keilhefer Adel, geht bis in die Kreuzzüge zurück. Hat keine Tradition, an der er festhält. Tradition war, daß die Söhne Offizier, die Töchter Hofdamen wurden. So wurde die Gräfin Hofdame an einem kleinen Fürstentum, als sie noch ein schlankes braunäugiges Mädchen war. Sie war schön, aber das Schönste an ihr waren ihre Hände, schlank, weiß, weich und zierlich mit rosigen gebogenen Nägelstücken. Die Hände der Gräfin waren berühmt. Aber sie reichte niemand diese schmale zierliche Hand fürs Leben. Vielleicht mochte sie es nicht, weil alle, die sie kannte, Grafen und Berone waren, und sie war „eine Kote“, wie man sich am Hofe mit heimlichem Entsetzen zuraunte.

So blieb sie Hofdame, auch als sie älter wurde. Fünfundzwanzig Jahre hindurch blieb sie Hofdame. Sie fuhr neben ihrer Fürstin zurückgelehnt im Wagen. Sie trug seidene Kleider und Federhüte. Bei Hofballen ging sie tief ausgeschnitten und trug funkelnde Brillanten. Sie sah müde und verblüht aus, nur ihre Hände waren immer noch schön, diese weichen gepflegten Hände mit den rosigen Nägelstücken. Man raunte sich immer noch zu, sie sei „eine Kote“.

Dann kam die Revolution. Die Fürstin hielt keine Hofdamen mehr. Die Gräfin stand für sich. Sie besaß ein kleines Kapital, damit kaufte sie ein winziges Bauernhaus, einen großen Garten und etwas Ackerland. Und nun begann sie das zu bearbeiten mit einer Freundin zusammen, die sich mit ihr in das winzige Häuschen teilte. Sie pflanzte und grub, sie säte und jätete, und im Herbst schwang sie die Sense. Sie schnitt Korn und machte Heu.

Gestern habe ich sie aufgesucht. Sie stand gerade im Stall und suchte Kartoffeln aus für das Vieh. Ihr Gesicht war nicht mehr so weiß und müde, sondern frisch und braun. Wir gingen dann auf dem Gartenwege dem Hause zu.

Das ist ein anderer Gast gekommen. Ich kannte ihn von früher. Er war einmal ein junger Rentnant gewesen, der um die Gräfin geworden hatte. Jetzt war er ein pensionierter General.

Seit langer Zeit zum erstenmal sah er die Gräfin wieder.

Sie reichte ihm die Hand.

Er nahm diese Hand, welche die Spuren der Arbeit zeigte.

„Gräfin“, sagte er, „wo sind Ihre schönen Hände geblieben?“

Und wehmütig ließ er die dreitgewordene gebräunte Hand fahren.

Ich aber sah ihre beiden Hände, und als ich die harte Haut der Innenseite fühlte, drückte ich sie herzlich und sagte:

„Gräfin, Ihre Hände waren nie so schön wie jetzt.“

Da lächelte sie froh und zerschämlich.

Staatsheater: „John Gabriel Borkman“. — Unter der Regie Berthold Viertel's zog das eigenartig bedeutsame Werk in trefflicher Darstellung vorüber. Gedämpftes Halbdruck, der Stimmung dieser Szenen feinsinnig angepaßt, aber freilich an die Aufmerksamkeit und Konzentrationskraft der Zuschauer noch erhöhte Anforderungen stellend, lag auf der Bühne. Jener Zug zum Symbolischen, der sich auch in den großen bürgerlich-naturalistischen Gesellschafts-dramen aus Lebens Höhezeit nie verliert, rückt im „Borkman“, wie in den anderen Werken seiner letzten Schaffensperiode, beherrschend in den Vordergrund. Die individuelle Lebensfarbe der Figuren, des Dialogs, der Handlung verliert hier in gewissem Grade. Das Interesse des Dichters hat sich in immer höherem Maße einer gedankensmäßigen Beleuchtung menschlicher Beziehungen zugewendet, die sich der Gestalten als bloßer Mittel für diesen Zweck bedient. Das Sinnbildliche wird späterhin zu einer Art selbständig formenden Prinzips, das den Personen ihr Verhalten vorgeschreibt. Der Schwerpunkt der Gestalten rückt in die allgemeinen typischen Beziehungen, die sich in ihrem Tun und Handeln widerspiegeln sollen. Man spürt das Wollen einer Absicht, die ein unmittelbares Mitgehen und Miterleben, eine intensive Spannung, wie keine Meisterwerke sie erreichen, bei aller Bewunderung der Kunst nicht recht zustande kommen läßt. Gabriel Borkman, die in Haß erstarrte Gattin, die von Borkman um ihre Liebe betrogene Schwester Ulla, der Sohn, um den die drei Menschen ringen — sie alle erscheinen als Träger und Vertreter eines besonderen Lebensstandpunktes.

Diese innere Struktur der Dichtung kam in der Aufführung zu vollem Ausdruck. Kortner, im Anzug und der Bartracht an den greisen, grimmig dreinschauenden Dichter selbst erinnernd, gab den vom Mächthunger verzehreten Illusionär, der sich nach dem furchtbaren Zusammenbruch eigenwillig in Träume eines neuen Luftgebietes eingespinnen hat. Vordem vor allem in dem letzten Bilde, wo er vom hohen Berg an Ullas Seite auf die ferne Stadt herabschauend aus der Enge seines individuellen Ehrgeizes sich zur Vision der weltumspannenden Kräfte des Kapitalismus erhebt, in dessen Dienste er gewirkt hat. Etwas von dem Rhythmus fassender Maschinen klang hier im Tonfall seiner Worte und in der Bewegung nach. Der Eindruck dieses mammonistischen Phantasten wurde durch den Gegenpart, den von Herrn Volksgang gespielten anderen alten Illusionär, der schüchtern und bescheiden noch immer seinen Dichtertäumen nachhängt, wirksam unterstützt. Die beiden Frauen, die kalte, eigensüchtige Gattin und die Lichtgestalt der Ulla, waren meisterlich durch Rosa Bertens und Lina Lossen dargestellt.

„Rigoletto“ in der Volksoper. Es will schon etwas heißen, wenn das Unsterbliche dieses Meisterwerkes in deutscher Luft nicht sterblich gemacht wird. Die Aufführung unter Pratorius war gut, im ersten Akt sogar brillant, mit einem heißen Atem hingespült. Vor allem wurde auch deutlich gesprochen. Die Gilda von Frigi Joll, zart und rührend, wird noch menschlich wachsen dürfen. Der Herzog Villinsky ist selbst in der Premiere schon frei gelungen. Burg aus Dresden spielt seinen Rigoletto weniger als Karren denn als tiefverwundeten Baler, weniger aus Gefanglichem heraus, als im Affekt, im Widerspruch zwischen Pflicht und Gesinnung. So kommt ein Mensch zustande, der erschüttert, und der neben großen Vor-

Der Zeuge Rüter gehörte zur 3. Kompanie. (Kuttner war bei der 4.) Er bekennt, daß Eichhorn ohne Befehl nach dem Hause auf dem Schiffbauerdamm gegangen sei, um die Nachschützen zu erwischen. Der Feldwebel schickte den Zeugen mit dem Befehl nach, daß Eichhorn zurückkommen solle. Eichhorn folgte aber nicht. Eichhorn war angetrunken, hat nach Wein gerochen und blüete wie von einer Spaltierverletzung. Der Zeuge ist bei der Erschießung selbst nicht dabei gewesen, ist auch mit Kuttner fast gar nicht zusammengekommen und weiß auf eindringliches Befragen der Verteidiger auch nur zu sagen, daß einmal in der Kompanie die Rede davon gewesen sei, Kuttner wäre sehr aufgeregt. (Schluß im Morgenblatt.)

Cassel, den 25. April. (Fig. Drahtbericht.) Wegen Beleidigung des Landtagsabgeordneten Genossen Kuttner wurde der Redakteur der hiesigen kommunistischen „Arbeiterzeitung“ zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Es handelt sich dabei um den Vorwurf des Mordes, der dem Genossen Kuttner wegen der Erschießung eines angetrunkenen Soldaten bei den Sportausunruhen im Januar 1919 auf einem Patrouillengang des Regiments Reichstag gemacht worden war.

Die Mülheimer Vorgänge.

Von unseren Mülheimer Parteigenossen erhalten wir eine eingehende Schilderung der blutigen Krawalle, die angesichts des aufgeregten Gefühls der „Roten Fahne“ von Interesse ist. In dem Bericht heißt es:

„Die Kommunisten predigen den Zweifrontenkampf. In Wirklichkeit dient ihre ganze Tätigkeit hier bei uns der französischen Besetzung. Gegenwärtig sind es die Arbeitslosen und Notstandsarbeiter, die vor ihren Karren gespannt werden sollen. Fast täglich erscheint ein Aufruf in ihren Zeitungen, der zu Aktionen auffordert. Ihnen schließen sich Gruppen an, die immer mit dabei sind, wenn etwas los ist, d. h., wenn es eine Gelegenheit gibt, eine Teilung des Kapitalismus an Ort und Stelle vorzunehmen und die Erfassung der Sachwerte in natura durchzuführen. Dieser Anhang stimmt den Vorreden der kommunistischen Partei, wie Besetzung der Schupo und Freilassung der politischen Gefangenen selbstverständlich ohne Bedenken zu. Bei der Demonstration der Notstandsarbeiter hielt man die Zeit zum Handeln für gekommen. Spontan — denn offiziell wollte niemand mit der Sache etwas zu tun haben und die Verantwortung übernehmen — kam am Mittwoch, den 18. April, die Demonstration der Notstandsarbeiter zustande. Geleitet wurde die Demonstration der Notstandsarbeiter durch die Stadt, Besetzung sämtlicher Affordsysteme und Einstellung sämtlicher Arbeitslosen, eine Ausgleichssumme von 150 000 M. für die Arbeitslosen und 100 000 M. für die Besetzung der Regimentsküchen und der Wegstunden. Beachtenswert für die Leichtgläubigkeit, mit der die Forderungen aufgestellt wurden, ist, daß man für Arbeitslose eine Unterstützung von 10 000 M. pro Tag forderte, während die Erwerbslosenfürsorge 15 000 M. zahlt. Tatsächlich sieben die Notstandsarbeiter in der Entlohnung besser als die Bauarbeiter. Auch der Tariflohn für Bergarbeiter ist keineswegs höher.

Als die Forderungen der Demonstrationsführer abgelehnt wurden, ging man mit Gewalt gegen das Rathaus vor. Da Mülheim auf Befehl der Franzosen von Schupo vollständig entleert ist, befanden sich nur einige Kriminalbeamte im Rathaus, denen Angestellte und Beamte sich zur Verfügung stellten. Die Demonstration wurde aufgelöst. Am Abend beschloß eine kommunistische Versammlung einen 24stündigen Proteststreik, den die Arbeiterschaft einschließlich der kommunistischen Vorstandsmitglieder nicht durchführte.

Am Donnerstag verlor man die Arbeiter mit Gewalt an der Arbeit zu verhindern. Der Verkehr in der Stadt wurde lahmgelegt. Die Rathausbesetzung war zu schwach und wurde den ganzen Tag im Rathaus belagert und beschossen. Das Feuer wurde aus dem Rathaus erwidert, infolgedessen gab es auf Seiten der Belagerten Verwundete, die von den Kadaverbrütern in die von den Franzosen besetzte Kaserne gebracht wurden. Die Franzosen hinderten diese Gesellschaft nicht daran, sich bemessen auf der Straße zu bewegen, obwohl durch Bekanntgabe der Besetzung des Tragen von Waffen verboten ist. Offiziell haben die Franzosen abgelehnt, daß sie Waffen verleiht haben, was aber aus protokolllarischen Aussagen klar erwiesen ist. Das von ihnen verbreitete Flugblatt zeigt ja klar genug, welches Interesse sie an diesen Krawallen haben.

Das „Ruhr-Echo“, das am Donnerstag, den 19. April, zum Generalstreik aufforderte, geht am 21. ein, daß die Kommunisten in Mülheim zu schwach sind, etwas zu unternehmen. Es spricht davon, daß die Sozialdemokraten sich nicht um die Arbeitslosen kümmern (1) und ruft zum Rosenaufruf für die Freilassung der Gefangenen auf. Um was für Elemente es sich bei den Führern dieser Aktion handelt, zeigen folgende Tatsachen: Max Krupp, einer der Hauptführer, hat vier Jahre Gefängnis und 5 1/2 Jahre Zuchthaus hinter sich. Eichengberg sah zweimal wegen schweren Diebstahls, Kasper ebenfalls zweimal, Kürten ist sechsmal verurteilt. Er hat sich außerdem dem Generalkommando Münster als Epistel zur Verfügung gestellt usw. Diese Aktionen geben eben von nichtschamem KAPDistischen Geistes aus. In Mülheim a. R. wird kein anständiger Mensch einen Finger rühren, um diese und ähnliche Personen aus der Haft zu befreien. In einem Aufruf des „Ruhr-Echo“ heißt es: „Seht Euch nicht von den französischen Offizieren für Streikbrecherarbeit kaufen. Und sollte der Judaslohn, den sie Euch bieten, noch so hoch sein, lehnt es ab, mit den Franzosen zu arbeiten. Ein Lump, der das tut.“ Diese Sätze unterstreichen wir, erlauben jedoch die Kommunisten, sich in diesem Sinn bei ihrem wildgewordenen Anhang zu betätigen. Dann wird ihnen keine Zeit mehr übrigbleiben, sich um weitere Tuschel zu kümmern.“

Diese Schilderung unserer Mülheimer Parteigenossen bestätigt vollkommen die Darstellung, die wir bisher gegeben haben. Es handelt sich um das, was man in Berlin eine Fichtmännerei nennen würde. Und es ist beschämend, daß die Kommunisten aus Angst und Kompromißsucht gegenüber ihrem radikalen Flügel nicht den Mut haben, von diesen Elementen ganz ungewöhnlich abzurücken, sondern vielmehr zu glauben scheinen, daß sie durch eine indirekte Solidarifizierung mit diesen Aktionen ihre revolutionäre Zuverlässigkeit beweisen müssen.

Devisenkurse.

	25. April		24. April	
	Räuber- (Gold-) Kurs	Deutscher (Papier-) Kurs	Räuber- (Gold-) Kurs	Deutscher (Papier-) Kurs
1 holländischer Gulden	11670.70	11727.25	11770.50	11829.50
1 argentinische Papier-Peso	10882.77	10917.29	10922.02	10977.35
1 belgischer Franc	1745.62	1751.35	1740.03	1749.37
1 norwegische Krone	5811.68	5838.52	5811.68	5838.52
1 dänische Krone	5685.87	5664.13	5685.87	5664.13
1 schwedische Krone	7955.00	7994.94	7950.00	8020.00
1 finnische Mark	—	—	853.88	858.14
1 japanischer Yen	13965.00	14004.00	13940.00	14009.94
1 italienische Lire	—	—	1496.25	1503.75
1 Pfund Sterling	138652.50	138357.50	139650.00	140350.00
1 Dollar	29825.25	29974.75	30174.75	30325.63
1 französischer Franc	2029.01	2040.00	2019.98	2030.07
1 brasilianischer Milreis	3195.00	3208.00	3298.37	3283.19
1 Schweizer Franc	5441.36	5568.64	5496.22	5523.78
1 spanische Peleta	4558.57	4581.43	4638.37	4661.63
100 österr. Kronen (abgefl.)	—	—	42.84	43.06
1 türkische Krone	830.77	804.23	—	—
1 ungarische Krone	—	—	5.61	5.65
1 bulgarische Lewa	—	—	224.48	225.57
1 jugoslawischer Dinar	—	—	306.28	307.77

Die andere Schönheit der Blüten Schau.

In Berlin gibt es für die vielen, die es sich leisten können und danach leben, in jedem Monat, ja fast an jedem Tag, etwas Besonderes, das man besitzen, ein Robinson, das man mitgemacht haben muß. Augenblicklich ist der Besuch der Baumblüte in Werder in Mode, und wer etwas auf sich hält und sachverständig mitreden will, muß nach dem kleinen, freundlichen Haselbüchlein fahren, dessen Bewohner heute schon wissen, daß die diesjährige Obsterte matt und mäßig ausfallen werde. Die reinsten Propheten diese Werderleute und allwissend wie der liebe Gott.

Gewiß bietet Werder im Schmauch seiner vielen blühenden Obstbäume einen entzückenden Anblick. Es ist eine Schönheit, besonders gut und besonders zierlich, und poetisch angehauchte Kollegen von der Feder haben von jeher bei der Beschreibung der Baumblüte in Werder von japanischen Stimmungen geschwärmt. Aber nun sehe man sich mal die Herrschaften an, die am Alltags Tag und Geld genug haben, um sich Werders Blütenwunder anzuschauen. Man schlendert vom Bahnhof nach dem Ort, man wirft wohl einen flüchtigen Blick auf die blütenreichen Bäume, der eine und der andere kauft vielleicht auch ein paar Blütenzweige, aber in der Hauptsache haben alle nur Sehnsucht nach dem Obstwein. Wer es gar nicht mehr aushalten kann, diese Sehnsucht zu stillen, nimmt sich gleich am Bahnhof einen Wagen und läßt sich zur nächsten Kneipe fahren. Und dann werden gründliche Studien gemacht. Natürlich muß man doch wissen, wie der Johannisbeerwein in dieser und der Stachelbeerwein in jener Kneipe schmeckt. So geht es dann Reih um immer nach der schönen Melodie: Und so ziehn wir unser Leben lang von einem Restaurant in das andere Restaurant.

Waut und lärmend, mit Hallo und Husa geht es schließlich zum Bahnhof und zum letzten Zug, und man braucht gar nicht mit dabei gewesen zu sein, um zu wissen, was und wie es diese Blüten-Schwärmer in Werder getrieben haben. Man braucht nur, spät von Bureau und Beruf kommend, einen der letztenzüge vom Potsdamer Ringbahnhof zu benutzen, und man trifft auf dem Bahnsteig die randalierende Schar, die des „fühen Weines so voll“ ist, daß sie einen Blütenzweig nicht von einem Regenschirm unterscheiden kann!

Der Regen am Sonntag und Montag hat die Blüten unansehnlich gemacht, und der Wind hat viele von den Bäumen gerissen. Gewiß kein geeignetes Wetter für den, der sich an den Schönheiten der Natur und ihrer stillen Größe erfreuen will. Für die Werder-Schwärmer aber spielt das Wetter gar keine Rolle. Obstwein kann man doch auch trinken, wenn es regnet und stürmt. Was schiert diese Naturfreunde die Pracht und der Brunt der diesen tausend Blüten! — Und das ist die Rehrseite und die andere — Schönheit der Blüten Schau!

Um die „blonden Marys“ in Berlin.

Der Antrag des Staatsanwalts im Mädchenhandelsprozeß.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung durch Landgerichtsdirektor Bangels beantragte Staatsanwaltschaftsrat Heiner, noch einige Kriminalassistenten darüber zu vernehmen, daß Frau Zwaan nicht als „blonde Mary“ in Bekretzen bekannt sei, wie der Angeklagte behauptet habe und ferner sollen die Zeugen Auskunft über das Treiben des Angeklagten Zwaan geben.

Unter anderem erklärte der Zeuge Kriminalassistent Dettmann, daß es „blonde Marys“ zu Duzenden in Berlin gibt. Jedes Landmädchen, das nach Berlin komme und blond ist, nenne sich bald „blonde Mary“. Es wird darauf die Beweisaufnahme erneut geschlossen und Staatsanwaltschaftsrat Heiner nimmt das Wort, um die Anklage zu begründen. Er läßt den Angeklagten zunächst darauf hinweisen, daß er gegebenenfalls nicht wegen Mädchenhandels, sondern wegen Zuhälterei und Kuppelerei bestraft werden könne. Der Kampf gegen den Mädchenhandel werde von allen Kulturländern geführt. Es beruhe daher eigenartig, wenn Kriminalkommissar Dr. Kopp den Mädchenhandel als ein Phantom bezeichne. Die Glaubwürdigkeit der Nebenklägerin Marie Zwaan hält der Staatsanwalt in längeren Ausführungen für zweifellos. Der Staatsanwalt kommt zu der Schlussfolgerung, daß der Angeklagte Zwaan nach Deutschland gekommen sei unter der Maske des valuarischen Ausländers, um deutsche Mädchen zur Auswanderung zu verleiten. Anschließend habe er das gewerbsmäßig fortsetzen wollen. Er habe keine Ehefrau nicht nur körperlich, sondern auch psychisch mißhandelt. In Anbetracht des Umstandes, daß Zwaan ein gemeingefährlicher Mensch sei, müsse er auf lange Zeit unbeschädigt gemacht werden. Der Staatsanwalt beantragte gegen Zwaan wegen Verleitung zur Auswanderung 3 Jahre Zuchthaus, wegen Körperverletzung eine Zusatzstrafe von 2 Monaten Zuchthaus, insgesamt 3 Jahre 2 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht. — Als der Angeklagte bei dem Straf Antrag erregt ausstapfend und Zwischenbemerkungen macht, läßt ihn der Vorsitzende wegen ungebührlichen Betragens abführen. — Als Vertreter der Nebenklägerin sprach dann R. A. Dr. Benjamin, der sich für den Beurlauben der Frau Zwaan lehnt einlehte und den Straf Antrag wegen Körperverletzung begründete. — R. A. Dr. Frey widersprach behauptet dem Antrag des Staatsanwalts und hielt in keiner Weise für erwiesen, daß der Angeklagte seine Ehefrau zu ungebührlichem Lebenswandel angehalten habe. Die Aussagen der Frau Marie Zwaan seien so widersprüchlich, daß ihnen kein Glauben beizumessen sei.

Wer ist Oskar Döring?

Der Mord von Hohenneuendorf vor der Aufklärung.

Ein geheimnisvoller Leichenfund, der an den jüngst aufgeklärten Mord in der Brückenstraße erinnert, beschäftigt seit ungefähr einem Jahr die Kriminalpolizei. Eine Selbstbezeichnung gibt jetzt Veranlassung, die Ermittlungen mit Nachdruck wieder aufzunehmen.

Am 14. Juni v. J. fanden Knaben beim Spielen, in der sogenannten Sägekute, einem Gewässer bei Hohenneuendorf an der Straße nach Bergfelde, zwei verschärfte Pakete aus braunem Packpapier, die zum Teil noch mit Fleisch bepackte Knochen enthielten. Die Untersuchung ergab, daß es sich um Teile eines menschlichen Körpers handelte. Der Mann, von dem diese Leichenteile herrühren, mochte etwa 30 bis 40 Jahre alt und etwa 1,70 Meter groß gewesen sein. Er hatte langes, volles, dunkles Haupthaar und einen dunkelblonden Schnurrbart. Seine Zähne waren sehr gesund. Der geheimnisvolle Fund veranlaßte die Kriminalpolizei zu den umfassendsten Maßnahmen. Bei einer größeren polizeilichen Aktion fand man auch einige Kleidungsstücke und Schuhe und einen mit Stacheln beschwerten Sack, der noch einige Knochen und Fleischstücke enthielt. Zur Aufklärung aber führte auch diese große Wohnnahme nicht. Nun ist in Baden ein gewisser Alfons Wilhelm aus Durach im vergangenen Monat wegen Mordes an einer Frau Hedwig Ruy festgenommen worden und befindet sich in Untersuchungshaft in Karlsruhe. Dieser Wilhelm hat sich selbst auch eines Mordes an einem Ingenieur bezichtigt, später allerdings seine Angaben widerrufen. Er behauptet, er sei im November 1921 von einem Holzgroßhändler aufgefordert worden, einem Ingenieur ein Patent zu fischen. Sie brachen auch ein, der Ingenieur übernahm sie aber und setzte sich zur Wehr. Da streckte ihn Wilhelm durch einen Schuß in den Kopf nieder. Die drei zerstückelten kann die Leiche und befestigten sie bei Hohenneuendorf. Kriminalkommissar Treitzin und seine Beamten gehen jetzt diesen Angaben weiter nach, obgleich er sie widerrufen hat, weil es aber wohl möglich ist, daß sie auf Wahrheit beruhen und mit dem bisher unauflösbaren Fund der Leichenteile in der Sägekute in Verbindung stehen. Wilhelm ist auch unter dem Namen Oskar Döring aufgetreten und behauptet auch Papiere auf diesen Namen, Wer diesen Mann kennt und

darüber Auskunft geben kann, wo er in Berlin gehaut und was er hier getrieben hat, wird ersucht, sich unverzüglich bei Kriminalkommissar Treitzin im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums zu melden.

Ein Volkspark an der Panke.

Der aus Mitteln der Park-, Spiel- und Sportleitung bestehende Volkspark an der Schönholzer Heide in Pankow geht seiner Vollendung entgegen. Der westliche Teil besteht aus einer sechs Morgen großen Volkswiese, die nach der höher gelegenen Bahnhof- und Dandelmansstraße mit einer Böschung abgegrenzt ist und durch einen mit Birken bepflanzen Weg von dem Bahndamm getrennt ist. Längs der Panke sind an zwei Stellen das Wasserbett und die Ufer so hergerichtet, daß ein Vanschen und Waten im Wasser ermöglicht wird, während der Strand das Sonnen und Lagern im Sande gestattet. Im Anschluß an die Volkswiese ist das Baden für größere Kinder vorgesehen, im östlichen Teile des Parks ist den kleinen Kindern unter Aufsicht der Erwachsenen hierzu Gelegenheit geboten. Ein Waldstreifen, der mit Kiefern, Birken und Erlen bereits bestanden war, ist walddarkeartig ausgestaltet. Die angepflanzten heimischen Blumen und Pflanzen entsprechen dem vegetativen Charakter der jeweiligen Baumarten. Man sieht z. B. im Erlenbestand Farren und andere Sumpfpflanzen, die mit der ursprünglichen Bodengestaltung das Bild eines märkischen Erlenbruches wiedergeben. Die Ausbuchtungen der Panke sind mit Wasserpflanzen besetzt, die Rasenbänke zwischen Kiefern und Birken mit verschiedenen heimischen Waldsträuchern. Unmittelbar am Volkspark ist also aus einem im Absterben begriffenen Waldstück und einer zum Abladen von Schutt und Unrat außerordentlich unangenehmer Volks- und Waldpark entstanden, der besonders der werktätigen Bevölkerung Rast und Erholung spenden wird. Rüge nun, wenn der Park eröffnet ist, die Verblümmung, die ihn benutz, auch dafür sorgen, daß die schönen Blumenanlagen erhalten bleiben und nicht von mutwilligen Kindern zertrümpert und zerstört werden.

Eine sozialistische Museumsdirektorin.

Der zweijährige Kampf der Bürgerlichen gegen die sozialistische Studienrätin Behrens hat jetzt mit einer Niederlage der Bürgerlichen und der Befestigung der Wahl einer Direktorin zur Direktorin des Berliner Luise-Lyzeums geendet. Die Dame war schon im Sommer 1921 von dem Magistrat zur Direktorin des Dorothoeen-Lyzeums gewählt worden. Die Bürgerlichen, die trotz aller von ihnen eingezogenen Erfindungen nichts Ungünstiges über sie erfahren hatten, erwirkten, daß dem Magistrat das Recht der Wahl von Lehrpersonen abgeprochen wurde und es auch in Alt-Berlin dem Bezirksämtern übertragen wurde. Das bürgerliche Bezirksamt Tiergarten setzte sich dann ohne Grund über den Vorschlag der Deputation hinweg und wählte für das Dorothoeen-Lyzeum einen bürgerlichen Direktor. Im Herbst vorigen Jahres machte das Bezirksamt Mitte das der Studienrätin Behrens zugesagte Unrecht wieder gut und wählte sie auf Vorschlag der zuständigen Deputation zur Direktorin des Luise-Lyzeums. Der Stadtverordnete Dr. Tropfke von der Deutschen Volkspartei beantragte in seiner Verzweiflung über dieses nationale Unglück bei dem Oberbürgermeister, auch diese Wahl für ungültig zu erklären, weil in der Deputationsführung ein abwesender Sozialist sich durch einen anderen hatte vertreten lassen. Einen solchen Einspruch magte ein Stadtverordneter zu erheben, der selbst über ein Jahr andere Mitglieder in derselben Deputation vertreten hatte, ohne ihr anzugehören. Der Oberbürgermeister entschied, daß nur Mitglieder der Deputation Stimmrecht hätten. Die Wahl mußte wiederholt werden, aber auch Herr Tropfke mußte aus der Deputation verschwinden. Fräulein Behrens wurde selbstverständlich auf Vorschlag der Deputation von dem Bezirksamt Mitte wiedergewählt. Da nunmehr die Wahl gesetzlich einwandfrei war, blieb nur noch die Möglichkeit übrig, die Bestätigung der Wahl zu hinterziehen. Aber Direktoren und Schulleiter hatten glänzende Urteile über Fräulein Behrens abgegeben. Der Minister Boelke mußte daher zum großen Schmerz seiner Parteifreunde in den sauren Apfel beißen und die Wahl bestätigen. Er war im November vorigen Jahres durch die von der sozialdemokratischen und der kommunistischen Fraktion des Landtags eingebrachte Interpellation gegen die Fälle ungerechtfertigter Verjagung der Bestätigung der Wahl von Lehrpersonen zu Direktoren und Rektoren gewarnt worden.

Alt-Lübeck in Tempelhof.

Die Filmerei gerät allmählich in Verlegenheit um gute Stoffe und in ihrer Verzweiflung greift sie dann wohl zu so süßen Themen wie den Friedericus. Da berührt es denn recht sympathisch, wenn man, wie in diesen Tagen, im Meister-Glashaus in Tempelhof erste Leute an tüchtiger Arbeit sieht. Der Dea-Film hat sich vorgenommen, Thomas Manns bekanntesten Alt-Lübecker Roman Buddenbrooks dem Film zugänglich zu machen, und wie das von den Bearbeitern Luise Heißborn-Körbik und Alfred Heise und dem Regisseur Gerhard Lamprecht geschieht, nötigt unbedingt Achtung ab. Man drehte Szenen aus der Jahrhundertfeier der Firma Buddenbrook und das gab Gelegenheit, eine ganze Anzahl überraschend lebendiger und ergötzlicher Lokaltypen vor das Objektiv zu bringen. Im Film wird auch die herrliche viel zu wenig bekannte Architektur Alt-Lübecks, wie das Rathaus mit Innenteilen, das Schifferhaus, das Postamt, die Marienkirche u. a. zur Geltung kommen.

Eine Denkschrift zur Wohnungsnot. In der sich von Tag zu Tag immer mehr einer Katastrophe zuneigenden Wohnungsfrage nimmt die Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin der Reichsbereitigung ehem. Kriegsgefangener in einer Denkschrift Stellung, die sie dem Stadtparlament, dem Zentralwohnungsamt, dem Oberbürgermeister der Stadt Berlin und dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg eingereicht hat. Es wird darin die Möglichkeit einer besseren Erfassung des verfügbaren Wohnraumes gezeigt, und Eintritt der Vertrauensleute der beteiligten Organisationen in die verschiedenen Kommissionen der Wohnungsämter gefordert. Gelegentlich sanktionierte Wohnungsverbau-Pläne macht die Denkschrift energisch Front und fordert Überleitung der Wohnungsbureaufträge in die Wohnungsfürsorge. Unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Versailler Vertrages wird schärfste Kontrolle des an Ausländer vergebenden Wohnraums verlangt. Interessenten werden gebeten, sich an die Geschäftsstelle Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 86 — Sprechstunde Sonnabend 4—7 Uhr — zu wenden.

Furchbarer Tod zweier Kinder. Einen furchtbaren Tod erlitten, wie aus Buxtehude gemeldet wird, dort zwei zwölfjährige Mädchen, die seit vier Tagen spurlos verschwunden waren. Es hat sich nunmehr herausgestellt, daß sie auf dem Boden eines Hauses gespielt hatten und dabei in eine schwere Tüchle gestiegen waren. Der schwere Deckel war dabei zugefallen und den Kindern war es nicht möglich, ihn wieder zu öffnen. Man fand die Kinder jetzt als Leichen.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst etwas mäßiger, allmählich leiter der frischen südwestlichen Winde, nachher zunehmende Bewölkung und leichte Regenfälle.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 25. April:

25. Alt-Charlottenburg. 7 1/2 Uhr. Sachabend: A. Gruppe v. Eggert, Waller 29. B. Gruppe bei Reimer, Wilmersdorfer Str. 21. 10. Gruppe bei Oehne, Schloßstraße 48. Themat. „Über Kommunalpolitik in Charlottenburg“.

